



AXER PARTNERSCHAFT

Rechtsanwälte Wirtschaftsprüfer Steuerberater

Köln • Düsseldorf

Mommensenstraße 160
50935 Köln

Fon 0221/47 43 440
Fax 2001/47 43 499
info@axerpartnerschaft.de

Uerdinger Str. 12
40474 Düsseldorf

Fon 0211 / 43 83 56 0
Fax 0211 / 43 83 56 11
info@axerpartnerschaft.de

Die Zinsinformationsverordnung (ZIV)

Inhaltsverzeichnis

1. Einführung.....	2
2. Die Grundzüge der ZIV	2
3. Wirtschaftlicher Eigentümer (§ 2 ZIV)	3
4. Identität und Wohnsitz des wirtschaftlichen Eigentümers (§ 3 ZIV).....	4
5. Definition der Zahlstelle (§ 4 ZIV)	5
6. Definition der Zinszahlung (§ 6 ZIV)	8
7. Ausnahme vom Zinsbegriff für bestimmte Anleihen (§ 15 ZIV)	10
8. Das Meldeverfahren.....	11
9. Die Quellensteuererhebung (§§ 11 ff. ZIV)	12
10. Auswirkungen der Verträge mit den Staaten und Gebiete aus Art. 17 ZinsRL	13



Die Zinsinformationsverordnung (ZIV)

1. Einführung

Die Akzeptanz, auf erzielte Kapitaleinkünfte Steuern zu zahlen, ist deutlich geringer als bei anderen Einkunftsarten. Vor diesem Hintergrund Umfeld hat die EU-Kommission nach langwierigen und schwierigen Vorarbeiten die Richtlinie 2003/48 EG des Rats vom 3. 6. 2003 (EU-Zinsrichtlinie) beschlossen. Ins deutsche Recht wurde die Richtlinie über die neu geschaffene Vorschrift des § 45e EStG in der Zinsinformationsverordnung (ZIV) niedergelegt.

Die Zinsrichtlinie hat keine Auswirkung darauf, wie Kapitalerträge im jeweiligen EU-Land zu besteuern sind. Sie befasst sich ausschließlich mit Zahlungsbewegungen von EU-Bürgern, die Konten oder Depots jenseits des Heimatlandes besitzen. § 30a AO, also die Berücksichtigung des Vertrauensverhältnisses zwischen Bank und Kunden wird durch den Vorrang des Gemeinschaftsrechts eingeschränkt, § 45e EStG gilt jedoch nicht für inländische Kunden.

Die Zinsinformationsverordnung wurde bereits am 26. 1. 2004 erlassen (BGBl. 2004 I S. 128, BStBl I 2004, S. 297). Rund ein Jahr später veröffentlicht das BMF nunmehr ein Einführungsschreiben hierzu (vom 6. 1. 2005, IV C 1 - S 2000 - 363/04). Immerhin noch rechtzeitig, bevor die EU-Richtlinie ab Juli 2005 ihre Wirkung in 25 EU-Staaten und wichtigen Drittstaaten entfaltet.

Der folgende Beitrag stellt die wesentlichen Inhalte der ZIV und die Sichtweise des BMF dar.

Hinweis: In Bezug auf die Wirkung der EU-Zinsrichtlinie für Deutsche mit Konten jenseits der Grenze gibt es einen separaten Beitrag „Die Auswirkung der EU-Zinsrichtlinie“. Dort werden ausführlich die Konsequenzen und Anlagestrategien für Auslandsdepots erläutert.

2. Die Grundzüge der ZIV

Die Zinsrichtlinie soll die effektive Besteuerung von Zinserträgen natürlicher Personen im Gebiet der EU sicherstellen. Die Regelung beschränkt sich aber auf grenzüberschreitende Zinszahlungen und lässt die innerstaatlichen Regelungen über die Besteuerung von Zinserträgen unberührt.

Das Ziel der effektiven Besteuerung natürlicher Personen wird dadurch angestrebt, dass über Zinszahlungen an wirtschaftliche Eigentümer in anderen Mitgliedstaaten der EU eine Auskunft an den Wohnsitzstaat gegeben wird. Bei der Auskunftserteilung wird auf den Zahlungsvorgang und nicht auf die für die Besteuerung im Ansässigkeitsstaat maßgebende Bemessungsgrundlage abgestellt. In Deutschland müssen derartige Zinszahlungen dem Bundesamt für Finanzen (BfF) gemeldet werden. Im Rahmen einer automatischen Auskunftserteilung leitet das BfF die Informationen an den Wohnsitzstaat weiter und erhält entsprechende Informationen aus dem Ausland.

Für eine Übergangszeit kann statt der Informationserteilung in den Mitgliedstaaten Belgien, Luxemburg und Österreich ein Steuerabzug vorgenommen werden, der zu 75 Prozent an das BfF überwiesen wird. Der betroffene wirtschaftliche Eigentümer kann jedoch statt des Abzugs der



Quellensteuer auch die Erteilung von Kontrollmitteilungen verlangen. Dann erfolgen auch aus diesen Staaten Meldungen, dafür werden aber die Kapitalerträge brutto ausgezahlt.

Neben den Mitgliedstaaten der EU wird auch in wichtigen Drittstaaten und ansässigen Gebieten eine Quellensteuer einbehalten und an die Ansässigkeitsstaaten weitergeleitet. Das In-Kraft-Treten der Richtlinie ist durch Entscheidung des Rates 2004/587/EG vom 19.07.2004, ABl. EU Nr. L 257 S. 7) auf den 1. 7. 2005 terminiert worden.

Mit dem nun veröffentlichten Einführungsschreiben des BMF soll ein Großteil der im Rahmen der Anwendung der Zinsinformationsverordnung zu erwartenden Schwierigkeiten vermieden werden. Die in der Zinsrichtlinie und der Zinsinformationsverordnung verwendeten Begriffe werden erläutert und Zweifelsfragen geklärt.

3. Wirtschaftlicher Eigentümer (§ 2 ZIV)

Wirtschaftlicher Eigentümer im Sinne der ZIV kann nur eine natürliche Person sein. Es ist dabei unerheblich, ob die Zinserträge gewerbliches Einkommen oder private Kapitalerträge darstellen, so dass auch Zinszahlungen an Einzelunternehmer erfasst werden. Kapitalgesellschaften und andere juristische Personen sind vom Anwendungsbereich der ZIV ausgenommen.

Das Ziel der Zinsrichtlinie, die effektive Besteuerung der natürlichen Person zu gewährleisten, macht es erforderlich, die Zahlungsvorgänge herauszustellen, bei denen die empfangende natürliche Person selbst von der Zahlung begünstigt ist und sie selbst vereinnahmt hat. Zur Vereinfachung für die Zahlstelle wird der Empfänger der Zinszahlung in der Regel als wirtschaftlicher Eigentümer angesehen.

Der Zahlungsempfänger wird nicht als wirtschaftlicher Eigentümer angesehen, wenn er nachweist, dass die Zahlung nicht für ihn selbst bestimmt ist. Das ist dann der Fall, wenn er als Zahlstelle handelt, also dem wirtschaftlichen Eigentümer Zinsen zahlt oder zu dessen unmittelbaren Gunsten einzieht, oder im Auftrag handelt.

Auftraggeber können sein:

- Juristische Personen
- Einrichtungen, deren Gewinne den allgemeinen Vorschriften der Unternehmensbesteuerung unterliegen
- Organismus für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW), also Investmentfonds
- Eine Einrichtung, deren Name und Anschrift der Zahlstelle mitgeteilt wird, damit diese die Angaben ihrerseits weiterleiten kann
- Eine andere natürliche Person als wirtschaftlicher Eigentümer, deren Name und Anschrift in verlässlicher Weise festgestellt und der Zahlstelle mitgeteilt wird.

Liegen Zweifel vor, ob der Zahlungsempfänger als wirtschaftlicher Eigentümer der Zinszahlung anzusehen ist, und handelt es sich bei diesem weder um eine Zahlstelle noch um einen Auftragnehmer, muss die Zahlstelle Ermittlungen anstellen. Verbleiben Zweifel, ist der Zahlungsempfänger als wirtschaftlicher Eigentümer zu behandeln.



4. Identität und Wohnsitz des wirtschaftlichen Eigentümers (§ 3 ZIV)

Bei der Ermittlung der Identität eines wirtschaftlichen Eigentümers sind zwei Zeiträume zu unterscheiden:

- Vor dem 1. 1. 2004 begründete Vertragsbeziehungen. Hier sind die erforderlichen Angaben aus den Informationen zu entnehmen, die auf Grund der geltenden Bestimmungen zur Verfügung stehen. Für Kredit- und Finanzdienstleistungsinstitute ist der Name auf Grund eines gültigen Personalausweises oder Reisepasses sowie das Geburtsdatum, der Geburtsort, die Staatsangehörigkeit und die Anschrift, soweit sie darin enthalten ist, festzuhalten (§ 1 Abs. 5 GwG). Die Art des amtlichen Ausweises sowie Registriernummer und ausstellende Behörde sind gleichfalls festzustellen. Nach § 154 Abs. 2 AO muss sich der Kontoführer Gewissheit über die Person und Anschrift verschaffen.
- Nach dem 1. 1. 2004 begründete Vertragsbeziehungen. Hier ist zusätzlich die vom Wohnsitzstaat erteilte Steuer-Identifikationsnummer festzuhalten, sofern der jeweilige Mitgliedstaat eine solche Steuer-Identifikationsnummer vergibt. Hat der jeweilige Mitgliedstaat eine Steuer-Identifikationsnummer erteilt, soll diese anhand eines Passes, des vorgelegten amtlichen Personalausweises oder eines anderen beweiskräftigen Dokuments (z.B. lokaler Steuerbescheid, ID-Karte oder Nachweis der Steuer-Identifikationsnummer) festgestellt werden. Im Zweifel sind zur Präzisierung das Geburtsdatum und der Geburtsort festzuhalten.

Hinweis: Laut BMF-Schreiben wird in Deutschland die Vergabe der nach § 139b AO vorgesehenen Steuer-Identifikationsnummern erst zum 1. Januar 2007 angestrebt. Bis dahin müssen Bürger also bei Auslandsbanken keinen entsprechenden Nachweis führen. Auch in Bezug auf die neue Meldepflicht bei Renten (§ 22a EStG) verschiebt sich die Erfassung der Daten erst einmal.

Ist bei der Konto- oder Depotführung eine andere Person als der Konto- oder Depotinhaber wirtschaftlicher Eigentümer, ist dessen Identität festzustellen. Hier reicht die Vorlage einer Kopie des Passes oder amtlichen Personalausweises durch den Treuhänder aus; eine persönliche Identifizierung ist nicht erforderlich. Eine ab dem 1. 1. 2004 neu eingegangene vertragliche Beziehung liegt nur vor, wenn die Kundenbeziehung neu begründet wird. Eröffnet ein in der Vergangenheit bereits ausreichend legitimierter wirtschaftlicher Eigentümer nach dem 1. Januar 2004 ein weiteres Konto oder Depot, wird somit eine erneute Legitimations- oder Wohnsitzprüfung nicht erforderlich.

Da nach der Zielsetzung der Zinsrichtlinie der Staat informiert werden soll, dem das Besteuerungsrecht für die betroffenen Zinsen zusteht, ist es erforderlich, zusätzlich zur Identifizierung des wirtschaftlichen Eigentümers dessen Wohnsitz festzustellen.

- Vor dem 1. 1. 2004 begründete Vertragsbeziehungen- Hier ist die Anschrift aus den auf Grund der AO und GwG vorhandenen Daten zu ermitteln. Dabei ist davon auszugehen, dass der Wohnsitz in dem Land liegt, das der festgestellten ständigen Anschrift entspricht. Die Vorlage eines besonderen Nachweises über den steuerlichen Wohnsitz ist nicht erforderlich.
- Nach dem 1. 1. 2004 begründete Vertragsbeziehungen. Hier ist ebenfalls davon auszugehen, dass der Wohnsitz in dem Land liegt, das der festgestellten ständigen Anschrift entspricht. Ist die Anschrift nicht im Pass oder amtlichen Personalausweis eingetragen, sind



hilfsweise andere beweiskräftige Dokumente heranzuziehen. Hierfür bieten sich als Möglichkeiten der Überprüfung beispielhaft an: Nachprüfung im Wählerverzeichnis, Nachfrage bei einer Kreditauskunftei, Bitte um Vorlage einer Strom-, Gas- oder Wasserrechnung, eines lokalen Steuerbescheids, eines Bank- oder Bausparkassen-Kontoauszuges oder auch Nachschlagen in einem örtlichen Telefonbuch.

Gibt eine Person an, in einem anderen Mitgliedstaat als demjenigen, welcher den Pass oder den amtlichen Personalausweis ausgestellt hat, ansässig zu sein, und kann dies die Zahlstelle anhand der Kontounterlagen und der Kundenkorrespondenz verifizieren, ist die Meldung an den Staat der angegebenen Anschrift weiterzuleiten. Bei bestehenden Zweifeln gilt der Wohnsitz als in dem Mitgliedstaat belegen, in dem der Pass oder der amtliche Personalausweis ausgestellt worden ist.

Gibt eine Person mit einem in der EU ausgestellten Pass oder amtlichen Personalausweis an, außerhalb der EU ansässig zu sein, muss dies durch einen Nachweis über den steuerlichen Wohnsitz belegt werden, der von der zuständigen Behörde dieses Drittstaates ausgestellt wurde. Wird dieser Nachweis nicht vorgelegt, gilt der Wohnsitz als in dem EU-Mitgliedstaat belegen, in dem der Pass oder ein anderer amtlicher Identitätsausweis ausgestellt wurde.

5. Definition der Zahlstelle (§ 4 ZIV)

Die inländische Zahlstelle ist handlungsverpflichtete Stelle nach § 1 ZIV. Zahlstelle ist ein Wirtschaftsbeteiligter, der an den wirtschaftlichen Eigentümer Zinsen zahlt oder zu dessen unmittelbaren Gunsten einzieht. Nach § 4 Abs. 1 Satz 2 ZIV ist ein Wirtschaftsbeteiligter jede natürliche oder juristische Person, die in Ausübung ihres Berufs oder ihres Gewerbes Zinszahlungen tätigt. Vertragsbeziehungen zwischen Verwandten oder sonstige Vertragsbeziehungen im privaten Bereich sind somit vom Anwendungsbereich der Zinsinformationsverordnung ausgeschlossen.

Grundsätzlich handelt es sich beim Wirtschaftsbeteiligten um eine Bank oder ein Kreditinstitut. Wirtschaftsbeteiligter kann jedoch beispielsweise auch eine Personenvereinigung, ein Treuhänder für eine Erbengemeinschaft oder ein Rechtsanwalt mit einem Anderkonto für eine Personengruppe sein.

Erhält aber beispielsweise eine Kapitalgesellschaft von einem Gesellschafter ein Darlehen, erfolgt die Zinszahlung durch die Gesellschaft nicht in Ausübung, sondern nur bei oder anlässlich der Ausübung des Gewerbes.

Einziehen liegt vor, wenn die Zinsen im Auftrag des wirtschaftlichen Eigentümers von dem Schuldner eingefordert werden. Hier wird für die Tätigkeit des Wirtschaftsbeteiligten auch die Bezeichnung Inkassostelle verwendet.

Zu beachten ist, dass im Falle von Zahlungsvorgängen, bei denen die Zinszahlung den wirtschaftlichen Eigentümer erst über eine weitere oder mehrere Zwischenstationen erreicht, der letzte Beteiligte, der die Zinsen direkt an den wirtschaftlichen Eigentümer zahlt oder sie zu dessen unmittelbaren Gunsten einzieht, als Zahlstelle gilt.



Im Einzelnen:

- Gutschrift eines Zinsbetrages: Das kontoführende Kreditinstitut zahlt dem Kunden Zinsen auf eine Spar- oder Termineinlage, schreibt also als Schuldner die Zinsen gut.
- Einziehen einer Zinszahlung: Das Kreditinstitut schreibt seinem Kunden die vom Emittenten gezahlten Zinsen auf eine im Depot verwahrte Schuldverschreibung gut.
- Mehrstufige Verwahrung: Die Ortsbank verwahrt für ihren Kunden Wertpapiere im Depot. Sie gibt die Wertpapiere in ihrem Namen an eine Zentralbank zur Verwahrung weiter. Nach den Bestimmungen des Depotgesetzes werden die Wertpapiere von beiden Instituten verwahrt: Wird eine Zinsgutschrift von der Zentralbank an die Ortsbank erteilt und von dieser an den Kunden weitergeleitet, so ist lediglich die Ortsbank Zahlstelle.
- Auch eine depotführende Kapitalanlagegesellschaft kann relevante Handlungen durchführen, nicht jedoch ein Investment-Sondervermögen, da dieses keine direkten Zinszahlungen an den wirtschaftlichen Eigentümer vornimmt.

§ 4 Abs. 2 ZIV erweitert die Definition der Zahlstelle um Einrichtungen, an die eine Zinszahlung zu Gunsten eines wirtschaftlichen Eigentümers geleistet wird oder die eine Zinszahlung zu dessen Gunsten einzieht. Eine derartige Einrichtung gilt bei der Vereinnahmung der Zinsen als Zahlstelle und nicht bei deren Auszahlung an den wirtschaftlichen Eigentümer. Damit werden grundsätzlich jegliche Zinszahlungen erfasst, die nicht zu Gunsten einer einzelnen natürlichen Person erfolgen. In Betracht kommen insbesondere nicht körperschaftsteuerpflichtige Personenzusammenschlüsse (GbR oder sonstige Personenvereinigungen). Auch Ehegatten oder nichteheliche Lebensgemeinschaften, die Gemeinschaftskonten und/oder -depots unterhalten, fallen hierunter.

Grenzüberschreitende Zahlungen an derartige Einrichtungen unterliegen einer besonderen Mitteilungspflicht, abweichend von der Grundregel, dass nur unmittelbare Zahlungen an natürliche Personen als wirtschaftliche Eigentümer mitzuteilen sind. Diese Mitteilungspflicht für eine inländische Zahlstelle greift allerdings nur, wenn die Einrichtung in einem anderen Mitgliedstaat der EU niedergelassen ist. Das ist der Fall, wenn sie dort ihren Sitz, ihre Geschäftsleitung oder ihre Betriebsstätte hat.

Beispiel: Eine Anlegergemeinschaft in den Niederlanden mit u.a. zwei Beteiligten aus Frankreich erhält Zinsen aus einer Festgeldanlage bei einer Bank in Deutschland. Meldepflicht der Bank an das BfF. Von dort Mitteilungspflicht der Anlegergemeinschaft an die zuständige Behörde in den Niederlanden, welche die Informationen an die französische Finanzbehörde weiterleitet.

Bestehen Zweifel über den Ort der Niederlassung, können die Zahlstellen zur Feststellung der Ansässigkeit wie folgt vorgehen:

- Besteht dem Grunde nach eine Verpflichtung zum Einbehalt von Zinsabschlag, was stets der Fall ist, wenn an dem Personenzusammenschluss mindestens ein Steuerinländer beteiligt ist (BMF-Schreiben vom 5. 11. 2002, BStBl I S. 1346 Rz. 47), muss keine Mitteilung erfolgen, da dann von einer Ansässigkeit im Inland auszugehen ist.



- Besteht dem Grunde nach jedoch keine Verpflichtung zum Einbehalt von Zinsabschlag, da sich der Personenzusammenschluss ausschließlich aus Steuerausländern zusammensetzt, greift die Mitteilungspflicht, sofern der Personenzusammenschluss in einem anderen Mitgliedstaat ansässig ist. Für die Frage, ob und an welchen Mitgliedstaat die Mitteilung weiterzuleiten ist, kann die Korrespondenzadresse des Personenzusammenschlusses als Entscheidungskriterium herangezogen werden (Zustelladresse der Kontoauszüge).

Allerdings kann die Einrichtung die Anwendung dieser Vorschrift durch den Nachweis mittels beweiskräftiger und offizieller Unterlagen vermeiden, dass

1. sie eine juristische Person mit genannten Ausnahmen in Finnland und Schweden ist
2. ihre Gewinne den allgemeinen Vorschriften für die Unternehmensbesteuerung unterliegen oder
3. sie ein zugelassener OGAW ist, d.h. ein richtlinienkonformer Investmentfonds.

In den Fällen von 1 und 2 stehen die Zinsen der Einrichtung selbst zu und fließen in den Gewinn ein, so dass keine Weiterleitung an andere wirtschaftliche Eigentümer erfolgt.

Als Ausnahme für die Nr. 1 kommen - nach deutschem Recht - neben AG und GmbH auch in Betracht rechtsfähige Stiftungen und Vereine.

Hinweis: Gewinne unterliegen auch dann den Vorschriften der Unternehmensbesteuerung, wenn in einem Jahr Verluste zu erfassen sind oder wegen Verlustvorträgen keine Steuer anfällt. Aus deutscher Sicht unterliegen einer Unternehmensbesteuerung auch OHG, KG und Partnergesellschaften sowie nichtrechtsfähige Vereine, Anstalten und Stiftungen.

Unter die Nr. 3 gehören aus deutscher Sicht nicht:

- Spezial-Sondervermögen
- Altersvorsorge-Sondervermögen
- Immobilien-Sondervermögen
- Gemischte Sondervermögen und Sondervermögen mit zusätzlichen Risiken ("Hedgefonds")

Ist eine Mitteilung zu erstellen, hat sie den Namen und die Anschrift der Einrichtung sowie den Gesamtbetrag der Zahlung oder des Einzugs zu enthalten. Diese Mitteilung ist vom inländischen Wirtschaftsbeteiligten an das BfF zu richten, das die Informationen an den Ansässigkeitsstaat der Einrichtung weiterleitet.

Nach § 4 Abs. 3 ZIV wird inländischen Einrichtungen das Wahlrecht eingeräumt, sich als OGAW behandeln zu lassen. Voraussetzung ist ihre steuerliche Erfassung beim Finanzamt. Der Einrichtung wird dann vom örtlich zuständigen Finanzamt ein entsprechender Nachweis darüber ausgestellt, den sie beim Zahlungsvorgang vorlegen muss. Eine Option kommt nur in Betracht bei Einrichtungen, die eine Ähnlichkeit zu den OGAW und eine wirtschaftliche Betätigung aufweisen. Hierzu zählen nicht-richtlinienkonforme Sondervermögen (§§ 66 bis 95 und §§ 112 bis 120 Investmentgesetz). Die im Ausland ausgeübte Option einer Einrichtung wird berücksichtigt, wenn sie durch Bestätigung der zuständigen ausländischen Finanzbehörde nachgewiesen wird.



6. Definition der Zinszahlung (§ 6 ZIV)

Der materielle Zinsbegriff der Zinsinformationsverordnung entspricht dem Begriff der Einkünfte aus Kapitalvermögen nach § 20 Abs. 1 Nr. 4, 5 und 7 sowie Abs. 2 mit Ausnahme von dessen Satz 1 Nr. 2 Buchstabe a EStG (Veräußerung von Dividendenscheinen). Da die Zinsrichtlinie die Fragen im Zusammenhang mit der Besteuerung von Renten und Versicherungsleistungen unberührt lässt, sind die Erträge aus Lebensversicherungen nach § 20 Abs. 1 Nr. 6 EStG nicht erfasst.

Im Einzelnen handelt es sich um folgende auf ein Konto eingezahlte oder gutgeschriebene Zahlungen:

- Nr. 1: mit Forderungen jeder Art zusammenhängende Zinsen. Die Art der Besicherung und ein Gewinnbeteiligungsrecht haben keine Bedeutung. Zuschläge für verspätete Zahlungen gehören nicht dazu. Hierunter fallen insbesondere Zinsen mit Prämien und Gewinnen aus von der Privatwirtschaft oder der öffentlichen Hand begebenen Anleihen (z.B. in Deutschland von der Deutschen Telekom AG ausgegebene Anleihen oder vom Bund herausgegebene Bundesobligationen).

Zinsen aus Tafelgeschäften fallen nicht unter den Begriff der Zinszahlung, da keine Einzahlung oder Gutschrift auf ein Konto erfolgt.

- Nr. 2: aufgelaufene oder kapitalisierte Zinsen im Falle der Abtretung, Rückzahlung oder Einlösung von Forderungen i.S.d. Nr. 1. Hierunter fallen insbesondere Stückzinsen, aber auch der Ertrag von un- oder niedrigverzinslichen Ab- oder Aufzinsungspapieren, der ganz oder teilweise in den während der Laufzeit der Anleihe rechnerisch angefallenen Zinsen und Zinsezinsen besteht (z.B. Nullkupon-Anleihen, Agio-Anleihen, Disagio-Anleihen).
- Nr. 3: direkte oder über eine Einrichtung im Sinne von § 4 Abs. 2 ZIV laufende Zinsen, die ausgeschüttet werden von Investmentfonds.

Ausschüttungsgleiche (thesaurierte) Erträge sind nicht umfasst.

- Nr. 4: in Erweiterung der vorstehenden Zinsdefinition werden auch Erträge erfasst, die bei Abtretung, Rückzahlung oder Einlösung von Anteilen an Organismen oder Einrichtungen realisiert werden, die unmittelbar oder mittelbar mehr als 40 v.H. ihres Vermögens in Anlagen investiert haben, deren Erträge als Zinsen anzusehen sind. Bei der mittelbaren Beteiligung ist für die Quote maßgeblich, ob der Organismus oder die Einrichtung, an der die Beteiligung besteht, ihrerseits die Quote von 40 v.H. überschreitet. In diesem Fall ist die gesamte Beteiligung als Forderung anzusehen. Es ist unerheblich, ob die maßgeblichen Zinserträge unmittelbar oder auf einer Unterbeteiligungsstufe aus dem Inland oder Ausland stammen. Die vorstehende Qualifizierung als Zins lässt die Meldepflicht entstehen. Sie bewirkt jedoch keine Umqualifizierung der Einnahmen bei der endgültigen Veranlagung.

Nachfolgende Beispiele sollen der Verdeutlichung dienen.



Beispiel 1: Ein Bankkunde, der in Neapel lebt, unterhält in München ein Festgeldkonto, auf dem Zinsen anfallen. Ferner hält er dort in einem Depot Anteile an einem Rentenfonds, der zu 50 % in Anleihen investiert hat, die unter die Bestandsschutzklausel fallen und zu 50 % in sonstige Anleihen. Der Rentenfonds erzielt aus beiden Anleihegruppen Zinserträge, die an die Anleger ausgeschüttet werden.

Lösung: Die auf das Festgeld gezahlten Zinsen sind dem BfF zu melden, ferner die aus den Anteilen erzielten Erträge, soweit sie auf die sonstigen Anleihen entfallen.

Beispiel 2: Fallvariante zum Beispiel 1. Der Rentenfonds thesauriert die laufenden Zinsen. Im Jahr 2007 veräußert der Kunde aus Neapel die Anteile und erzielt aus deren Abtretung Erträge.

Lösung: Die Erträge stammen aus Anteilen an einem zugelassenen OGAW, dessen Vermögen zu mehr als 40 % in nicht von der Richtlinie befreite Forderungen angelegt ist. Sie sind dem BfF zu melden.

Beispiel 3: Dachfonds, der seinerseits eine Beteiligung an einem Zielfonds hält. Ein französischer Anleger veräußert aus seinem Depot bei einer Bank in Frankfurt Anteile eines spanischen Sondervermögens, dessen Mittel zu 50 % in spanischen Aktien, 10 % als Geldanlage bei einer spanischen Bank und 40 % als Beteiligung an einem französischen Sondervermögen angelegt sind. Dieses wiederum hat 30 % seiner Mittel in spanische Aktien und 70 % in französische Industrieobligationen investiert.

Lösung: Die Gesamtquote der Zinspapiere beträgt 50 %, da die Beteiligung am französischen Sondervermögen insgesamt als Forderung gilt. Der Veräußerungsvorgang ist daher meldepflichtig. Es ist eine Mitteilung an das BfF mit dem Ziel der Weiterleitung nach Frankreich zu fertigen.

Liegen der Zahlstelle keine Informationen über den Anteil der Zinszahlungen an den gesamten Erträgen vor, gilt der Gesamtbetrag der betreffenden Erträge als Zinszahlung.

Um Zahlungen von Unternehmen und Einrichtungen nicht erfassen zu müssen, die nur zu einem geringen Anteil Zinsen erwirtschaften, besteht eine Geringfügigkeitsregelung. Sofern diese Unternehmen und Einrichtungen höchstens 15 % ihres Vermögens in entsprechenden Forderungen investiert haben, werden aus Vereinfachungsgründen deren gesamte Zahlungen nicht als Zinszahlungen angesehen.



Beispiel: Ein Depotkunde aus Dänemark einer inländischen Bank ist Inhaber von Anteilen an zwei Dachfonds A und B, die jeweils Anteile an einem reinen Aktienfonds halten. Der Dachfonds A besitzt darüber hinaus Anteile am Zielfonds C. Es werden die laufenden Erträge ausgeschüttet.

Zusammensetzung der Anlagen des	Dachfonds A	Dachfonds B:
(a) reiner Aktienfonds	70 %	84 %
(b) Zielfonds C	20 %	
Aktien	70 %	
Renten	30 %	
(c) Renten	10 %	16 %

Lösung: Die Anlagequote in Rentenpapieren beträgt rechnerisch in beiden Fällen 16 %, im Dachfonds A allerdings unter Einbeziehung der mittelbaren Rentenanlage über Zielfonds C, bei Dachfonds B unmittelbar. In beiden Fällen hat eine Meldung zu erfolgen, da die Geringfügigkeitsschwelle überschritten ist.

Die Prozentanteile sind anhand der Anlagepolitik zu ermitteln. In den Vertragsbedingungen oder möglicherweise in der Satzung oder dem Gesellschaftsvertrag wird häufig angegeben, wie das Vermögen des Organismus oder der Einrichtung angelegt werden soll. Fehlt es an solchen Angaben, ist auf die tatsächliche Zusammensetzung abzustellen. In diesem Zusammenhang ist der Zeitbezug wie folgt zu differenzieren:

- Die Festlegung in der Satzung oder den Vertragsbedingungen muss von vorneherein feststehen.
- Wird auf das Hilfskriterium der tatsächlichen Zusammensetzung des Vermögens abgestellt, ist das vorangegangene Ende des Geschäftsjahres maßgeblich.
- Sollte es Hinweise geben, dass die tatsächliche Vermögensanlage von den vertraglichen Vorgaben oder der Satzung abweicht, ist auf die tatsächliche Mittelverteilung am Zinszahlungsstichtag abzustellen.

7. Ausnahme vom Zinsbegriff für bestimmte Anleihen (§ 15 ZIV)

Für den Übergangszeitraum, der den Staaten Belgien, Luxemburg und Österreich zugestanden wurde, spätestens bis zum 31. 12. 2010, gelten in- und ausländische Anleihen sowie andere umlauffähige Schuldtitel, die erstmals vor dem 1. 3. 2001 begeben oder deren Emissionsprospekte vor diesem Zeitpunkt von den zuständigen Behörden genehmigt wurden, nicht als Forderungen im Sinne von § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 ZIV, wenn ab dem 1. März 2002 keine Folgeemissionen dieser umlauffähigen Schuldtitel mehr getätigt werden. Unter näher bestimmten Umständen geht diese Regelung über das Jahr 2010 hinaus (vgl. § 15 Abs. 1 Satz 2 ZIV).

Die Ausnahmeregelung des § 15 ZIV ist erforderlich, da die Emissionsbedingungen der meisten in- und ausländischen Anleihen und anderen umlauffähigen Schuldtitel so genannte Bruttozins-



klauseln und Bestimmungen über die vorzeitige Einlösung enthalten. Eine Bruttozinsklausel verpflichtet den Emittenten, dem Anleger für jegliche vom Niederlassungsstaat des Emittenten einbehaltene Steuer einen Ausgleich zu gewähren. Eine Klausel über die vorzeitige Einlösung gestattet es dem Emittenten hingegen in der Regel, die ausgegebene Anleihe zum Nennwert zurückzukaufen. Ohne die Ausnahmeregelung hätte im Falle der Erhebung der Quellensteuer gemäß § 11 ZIV die Anwendung derartiger Klauseln ausgelöst werden können.

Die Ausnahmeregelung gilt unabhängig davon, ob die Zahlstellen in Mitgliedstaaten niedergelassen sind, die Quellensteuer erheben, oder in solchen, die Auskünfte erteilen. Betroffen sind sämtliche umlauffähigen Schuldtitel, unabhängig davon, ob die betreffenden Emissionsbedingungen Bruttozinsklauseln oder Klauseln über die vorzeitige Einlösung enthalten. Der Begriff "umlauffähige Schuldtitel" umfasst alle Arten von schuldrechtlichen Wertpapieren, die am Sekundärmarkt frei handelbar sind oder vom Inhaber ohne vorheriges Einverständnis des Emittenten übertragen werden können.

Hinweis 1: Tätigt eine Regierung oder eine damit verbundene Einrichtung ab dem 1. 3. 2002 eine Folgeemission eines der vorstehend genannten umlauffähigen Schuldtitel, so wird die gesamte Emission, d.h. die erste und alle Folgeemissionen nicht von der Ausnahmeregelung erfasst.

Hinweis 2: Sofern ein anderer Emittent ab dem 1. 3. 2002 eine Folgeemission eines der vorstehend genannten umlauffähigen Schuldtitel tätigt, so wird diese Emission nicht von der Ausnahmeregelung erfasst, für die erste und alle anderen vor dem 1. 3. 2002 getätigten Emissionen gilt die Ausnahmeregelung hingegen weiterhin, so dass diese späteren Emissionen die früheren nicht "infizieren".

8. Das Meldeverfahren

Nach § 8 ZIV hat die Zahlstelle bei Zahlung an einen in einem anderen Mitgliedstaat ansässigen wirtschaftlichen Eigentümer dem BfF Auskünfte zu erteilen. Es ist grundsätzlich auf die Daten zum Zeitpunkt des Zuflusses abzustellen. Erfolgt im Laufe des Jahres eine Veränderung im selben Staat, können die Daten zum 31. 12. verwendet werden. Die Mindestauskünfte zur Zinszahlung gemäß § 8 Nr. 4 ZIV, die die Zahlstelle zu erteilen hat, sind auf den Gesamtbetrag der Zinsen oder Erträge und den Gesamtbetrag des Erlöses aus der Abtretung, Rückzahlung oder Einlösung beschränkt worden.

Im Unterschied zur Jahresbescheinigung nach § 24c EStG erfolgt die Meldung nach der Zinsinformationsverordnung grundsätzlich kontobezogen. Hinsichtlich der pro Konto bzw. Depot zu meldenden Beträge ist auf Folgendes zu achten:

- Gesamtbetrag der Zinsen oder Erträge. Zu erfassen sind laufende Zinserträge, Stückzinsen sowie Fondsausschüttungen. Gezahlte Stückzinsen werden nicht mindernd berücksichtigt. Es ist der Bruttobetrag der Zinsen zu melden. In Fällen, in denen im Ausland eine Quellensteuer einbehalten wurde, ist also nicht der nach Abzug der Quellensteuer gutgeschriebene Betrag zu melden.
- Gesamtbetrag des Erlöses aus der Abtretung, Rückzahlung oder Einlösung. Hierzu gehören u.a. Erlöse aus der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung von Finanzinnovationen i.S.d. §



20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 EStG (z.B. Zerobonds oder Stufenzinsanleihen) sowie Erlöse aus der Rückgabe oder Veräußerung von Investmentanteilen.

Zulässig ist auch, den jeweiligen Gesamtbetrag für verschiedene Konten und Depots zusammenzufassen; dann genügt die Angabe einer der Konten- bzw. Depotverbindungen.

Erfolgen muss die Meldung bis zum 31. Mai des Folgejahres nach dem Zufluss der maßgeblichen Zinsen oder Erträge oder des Gesamtbetrags des Erlöses aus der Abtretung, Rückzahlung oder Einlösung (§ 9 Abs. 1 ZIV). Der Zuflusszeitpunkt ist nach deutschem Recht zu bestimmen. Geldbeträge fließen in der Regel dadurch zu, dass sie bar ausgezahlt, verrechnet oder dem Konto des Empfängers gutgeschrieben werden. Eine Umrechnung auf Jahresbasis wird in Deutschland nicht gefordert. Derartig umgerechnete Zinsen können aber Inhalt der Mitteilung aus den anderen Mitgliedstaaten sein.

Nach § 45e Satz 2 EStG i.V.m. § 45d Abs. 1 Satz 2 bis 4 und Abs. 2 EStG wird das Übermittlungsverfahren auf elektronischem Weg vorgenommen. § 150 Abs. 6 AO sowie die Steuerdaten-Übermittlungsverordnung sind entsprechend anzuwenden. Dies gilt auch für Berichtigungen und Storni. Die Pflichtangaben ergeben sich aus §§ 8 und 4 Abs. 2 Satz 3 ZIV. Zu den technischen Einzelheiten wird ein gesondertes BMF-Schreiben gefertigt.

9. Die Quellensteuererhebung (§§ 11 ff. ZIV)

Der in Art. 10 ZinsRL den Mitgliedstaaten Belgien, Luxemburg und Österreich eingeräumte Übergangszeitraum zur Erhebung einer Quellensteuer hat auch Auswirkungen auf Deutschland. Die Besteuerung nach den innerstaatlichen Vorschriften wird durch die Erhebung der Quellensteuer nicht ausgeschlossen (§ 11 ZIV). Über die in den vorgenannten Mitgliedstaaten einbehaltene Quellensteuer wird eine Steuergutschrift erteilt. In entsprechender Höhe erfolgt bei einem wirtschaftlichen Eigentümer mit inländischem steuerlichen Wohnsitz (§ 8 AO) die uneingeschränkte Anrechnung auf die deutsche Einkommensteuer (§ 14 ZIV).

Hat dieser jedoch einen weiteren Wohnsitz in einem anderen Mitgliedstaat, kann eine Anrechnung nur erfolgen, wenn Deutschland Ansässigkeitsstaat im Sinne des Doppelbesteuerungsabkommens ist. Die Anrechnung kann auch zur Erstattung der einbehaltenen Quellensteuer führen.

In derartigen Fällen ist der wirtschaftliche Eigentümer im Rahmen der Veranlagung zur Einkommensteuer für die Zukunft auf die nach Art. 13 ZinsRL möglichen Verfahren zur Abstandnahme von der Quellensteuererhebung hinzuweisen. So kann der wirtschaftliche Eigentümer entweder die ausländische Zahlstelle zur Erteilung der nach der Zinsrichtlinie geforderten Auskünfte ermächtigen oder sich vom zuständigen Finanzamt auf Antrag eine Bescheinigung ausstellen lassen und diese bei der ausländischen Zahlstelle vorlegen. Ob im Staat der Quellensteuererhebung beide Verfahren oder ggf. nur eines der Verfahren angewandt wird, ist bei der ausländischen Zahlstelle zu erfragen.

Bei Doppelansässigkeit, das heißt Wohnsitz in mehr als einem Staat, kann die Bescheinigung nur von dem Mitgliedstaat ausgestellt werden, in dem der wirtschaftliche Eigentümer ansässig im Sinne des Doppelbesteuerungsabkommens ist, da nur diesem in der Regel das Besteuerungsrecht für die Zinsen zusteht.



10. Auswirkungen der Verträge mit den Staaten und Gebiete aus Art. 17 ZinsRL

Nach Art. 17 Abs. 2 ZinsRL ist Voraussetzung für die Anwendung der Zinsinformationsverordnung, dass mit der Schweizerischen Eidgenossenschaft, dem Fürstentum Liechtenstein, der Republik San Marino, dem Fürstentum Monaco und dem Fürstentum Andorra Abkommen mit dem Ziel gleichwertiger Maßnahmen in diesen Staaten geschlossen worden sind. Außerdem müssen alle Abkommen und sonstigen Regelungen bestehen, die gewährleisten, dass die relevanten abhängigen oder assoziierten Gebiete (Kanalinseln, Isle of Man und abhängige oder assoziierte Gebiete in der Karibik) die automatische Auskunftserteilung anwenden oder für eine Übergangszeit eine Quellensteuer erheben.

Einzelheiten aus derzeitiger Sicht ergeben sich aus der nachfolgenden Aufstellung.

Land oder Gebiet	Steuerabzug	Zinsinformationen	Alternative zum Steuerabzug
Andorra	ja	von D nicht zu erteilen	bei Bescheinigung der Heimatbehörde
Liechtenstein	ja	von D nicht zu erteilen	Ermächtigung zur Informationserteilung
Monaco	ja	von D nicht zu erteilen	Ermächtigung zur Informationserteilung
San Marino	ja	von D nicht zu erteilen	Ermächtigung zur Informationserteilung
Schweiz	ja	von D nicht zu erteilen	Ermächtigung zur Informationserteilung
Anguilla	nein	werden erteilt,	z. Zt. einseitig
Kaiman-Inseln	nein	werden einseitig erteilt	
Britische Jungferninseln	übergangsweise ja	sind von D zu erteilen	Methodenwahlrecht
Montserrat	nein	sind wechselseitig zu erteilen	
Turks- und Caicosinseln	übergangsweise ja	sind von D zu erteilen	Methodenwahlrecht
b) Guernsey, Jersey und Isle of Man	übergangsweise ja	sind von D zu erteilen	Methodenwahlrecht
c) Aruba und Niederl. Antillen	übergangsweise ja	sind von D zu erteilen	Methodenwahlrecht

Ihr Ansprechpartner bei der Axer Partnerschaft zu Fragen der Vermögensanlage:

Rechtsanwalt, Fachanwalt für Steuerrecht

Rolfjosef Hamacher

Fon 0221/47 43 440

Fax 0221/47 43 499

hamacher@axerpartnerschaft.de